

Pressemitteilung

Nr. 226/2026

Kiel, 10.09.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Pflege und Beruf besser vereinbaren – pflegende Angehörige stärken

Pflegende Angehörige leisten den Mammutanteil der häuslichen Pflege. Häufig reduzieren sie dafür ihre Arbeitszeit oder geben den Job ganz auf, wodurch ihre finanzielle und soziale Absicherung bröckelt. Die SSW-Fraktion fordert die Landesregierung mit einem Antrag (Drucksache 20/4772) auf, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verbessern und pflegende Angehörige zu stärken. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende, Christian Dirschauer:

Über 200 Milliarden Euro Pflegekosten spart der Staat jährlich, weil Töchter und Söhne, Enkelinnen und Enkel, Mütter und Väter, Nachbarn oder Freunde die Pflege von Menschen übernehmen, die ihnen nahestehen. Ganz ohne Lohn, völlig aus Nächstenliebe. 86 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause von An- oder Zugehörigen versorgt. Diese Zahlen des Bundesverbands pflegender Angehöriger sprechen Bände – und sollten Anlass sein, deren Situation als Politik verschärft in den Blick zu nehmen. Zur [Woche der pflegenden Angehörigen](#) möchten wir als SSW den Blick deshalb erneut auf all die Heldinnen und Helden richten, die wenig sichtbar sind, aber Großes leisten. Wären sie nicht, würde unser Gesundheitssystem zusammenbrechen. Doch es ist unsere Aufgabe, sie davor zu schützen, selbst zusammenzubrechen.

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, die Situation der pflegenden An- und Zugehörigen besser in den Blick zu nehmen und Zahlen zu erfassen.

Denn wie viele Menschen derzeit in Pflegeverantwortung sind, aber gern ihre Arbeitszeit erhöhen oder überhaupt wieder berufstätig werden möchten, ist nicht bekannt.

Ziel muss aus unserer Sicht eine echte Wahlfreiheit sein: Wer aufgrund von Pflegeverantwortung weniger arbeiten kann oder möchte, muss angemessen abgesichert sein. Wer arbeiten oder mehr arbeiten möchte, darf daran nicht aufgrund fehlender Entlastungsangebote oder unflexibler Arbeitsbedingungen gehindert werden.

Wir brauchen eine Strategie zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf und eine Initiative für eine pflegesensible Arbeitswelt, die gemeinsam mit Sozialpartnern, Kammern, Kommunen, Pflegekassen, Sozialverbänden und den Interessenvertretungen entwickelt werden muss. Denn nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf eines der großen Themen unserer Zeit. Wer mehr arbeiten möchte, sollte hierzu die Möglichkeit bekommen – daran hat angesichts des Fachkräftemangels auch der Arbeitsmarkt ein Interesse. Doch wer übernimmt die Pflege in der Zeit? Das funktioniert nur, wenn wir die verlässlichen Pflege- und Entlastungsangebote deutlich stärken.

Auch bei der Verzahnung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für pflegende Angehörige müssen wir noch besser werden und diese niedrigschwelliger gestalten, wie wir aus vielen Gesprächen mit Betroffenen und Verbänden wissen.

Und nicht zuletzt fordern wir das Land auf, sich gegenüber dem Bund für eine bessere finanzielle und soziale Absicherung pflegender Angehöriger einzusetzen, um diese vor der Armutsfalle zu bewahren.

Zum Antrag:

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/drucks/04700/drucksache-20-04772.pdf>